

Unabhängiger Monitoringausschuss
zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen
MonitoringAusschuss.at

BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1
20.09.2011 09:00 bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Marianne Schulze

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreterinnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Christina Meierschitz
Marianne Schulze
Silvia Weissenberg
Christina Wurzinger

VertreterIn aus dem Bereich der Menschenrechte:
entschuldigt

Vertreter aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:
Johannes Trimmel

VertreterInnen der wissenschaftlichen Lehre:
Manfred Nowak
Ursula Naue

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Ruth Renée Kurz
Martin Ladstätter
Heinz Trompisch

BMASK: Waltraud Palank-Ennsmann
Wolfgang Iser

BSB: Silvia Kutrowatz

Resümeeprotokoll

Tagesordnung liegt vor. Weiters die Stellungnahme zur Änderung des Schulorganisationsgesetzes, der Entwurf zur Diskussionsgrundlage Sachwaltschaft, der Text zu „savethevote“, ein Auszug aus dem Bericht der Volksanwaltschaft zur Staatsbürgerschaft und die Information des Ministerratsdienstes über die Vorlage der Stellungnahme Arbeit an den Ministerrat.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

2. Protokoll vom 27. Juni 2011

Die von Herrn Nowak vorgeschlagene Änderung wird aufgenommen und das Protokoll der Sitzung vom 27. Juni 2011 beschlossen.

3. Protokoll vom 10. Juni 2010 - Klarstellung

Zum Protokoll der Sitzung am 10. Juni 2010 wird ergänzend festgehalten, dass in der Unterredung mit dem Vertreter des Finanzministeriums über die Auswirkungen der Abschaffung der Behindertenplanstellen ausführlicher gesprochen wurde, als im Ergebnisprotokoll ersichtlich. Die Integration der Behindertenplanstellen in den Allgemeinen Dienstplan wurde als negativ für die mögliche Erhöhung der Anstellungszahlen von Menschen mit Behinderungen gewertet. Bezogen auf den Anlassfall, der die Unterredung mit dem Finanzministerium ausgelöst hat, wurde u.a. über die umgesetzten Maßnahmen, weitere Optimierungsbestrebungen des Managements auf organisatorischer, infrastruktureller, insbesondere aber auf Ebene der MitarbeiterInnenführung gesprochen.

Der Ausschuss kommt überein, dass in Hinkunft der Entwurf des Ergebnisprotokolls auch an TeilnehmerInnen aus den Fachministerien, die als Auskunftspersonen an den Sitzungen teilnehmen, übermittelt werden soll.

4. Umlaufbeschluss Schulrechtsnovelle

Die im Umlaufbeschluss diskutierte Stellungnahme zur Entwurf einer Änderung des SchOG, des SchUG und anderer Schulgesetze wird mit 1 Stimmenthaltung beschlossen.

Aus Anlass der äußerst knapp vor der Abgabefrist eingebrachten und teilweise divergierenden Änderungsvorschläge, deren Einarbeitung nur schwer und unvollständig möglich war, wird vereinbart, künftig folgendes Procedere bei Umlaufbeschlüssen einzuhalten: Die Mitglieder äußern sich binnen zwei Tagen grundsätzlich zum Entwurf. Dabei soll darauf eingegangen werden, zu welchen Punkten es allenfalls Bedenken gibt, und wo noch eine Äußerung erfolgen wird.

Bei Stellungnahmen, auch im Rahmen der Begutachtung von Gesetzesentwürfen soll die erforderliche Genauigkeit nicht dazu führen, dass die Texte für interessierte Betroffene zu schwer lesbar werden. Formatierung und Rechtschreibprüfung besorgt das Büro bei der Finalversion.

5. Entwurf Diskussionsgrundlage Sachwalterschaft

Die Diskussionsgrundlage wird erörtert und ergänzt. Vereinbart wird, dass die Einladung zur kommenden öffentlichen Sitzung in Leichter Sprache abgefasst versendet wird. Die Diskussionsgrundlage soll in zwei Wochen an Wibs als Grundlage für die Selbstvertreterinnen übermittelt werden.

Die Struktur wird in einigen Punkten ergänzt und als geeignet erachtet. Die Vorsitzende wird die Ergänzungen einarbeiten und in Umlauf bringen. Frau Meierschitz und Frau Weissenberg werden eine Leichter Lesen Fassung erarbeiten.

6. Neuester Stand: OP-CAT DurchführungsG

Im BKA hat eine Sitzung stattgefunden. Art. 16 Abs.3 wurde in den Aufgabekatalog aufgenommen. Am 5.10.2011 findet eine neuerliche Besprechung im BKA statt, an der die Vorsitzende, Herr Nowak und Herr Ladstätter teilnehmen werden.

7. Unterstützung www.savethevote.info

Die Vorsitzende wird einen Brief an die VertreterInnen Österreichs bei der Venedig Kommission verfassen, in dem auf die Vorreiterrolle Österreichs bei der Umsetzung der UN Konvention im Bereich des Wahlrechtes hingewiesen wird.

8. Termin BM Inneres (Staatsbürgerschaft)

Aus Termingründen konnte diese Besprechung nicht stattfinden. Angestrebt wird ein Gespräch mit dem BMI in einem kleineren Kreis. Frau Meierschitz, Frau Naue und Frau Wurzinger erklären sich bereit teilzunehmen.

9. Öffentliche Sitzung: Logistik

Überlegt wird eine Transkription (Mikro erforderlich). Geplant ist, den Vortrag von Herrn Bach und das Protokoll der öffentlichen Sitzung möglichst rasch nach der Sitzung online zu stellen, um ausreichend Gelegenheit zu Beiträgen für die Stellungnahme zu geben.

Der Festsaal des BMJ fasst 160 Personen, Simultandolmetschung wird ermöglicht. Die Anforderung von GebärdensprachdolmetscherInnen, die Ausstattung mit einer Induktionsschleife und das Buffet werden mit dem BMJ besprochen.

Vorgesehener Zeitplan: 10.00 bis 13.00 Uhr, Buffet im BMJ, 14.30 bis 17.00 Uhr, der Nachmittag beginnend mit dem Vortrag von Hrn. Bach.

10. Webseite: Barrierefreiheit, Kommunikation/Abnahme der Dienstleistung

Erste Ergebnisse der Übersetzungen in Leichter Lesen Fassung sowie Videos in Gebärdensprache liegen vor. Die Frage der Abnahme ist nicht geklärt. Es wird vereinbart, zuvor das hausinterne Procedere im BMASK abzuklären.

11. Bundesbehindertenbeirat, Punktation für Bericht

Die Punktation für den Bericht an den Bundesbehindertenbeirat über die Tätigkeit des Ausschusses im Jahr 2011 wird vorgestellt mit dem Ersuchen, Ergänzungen über Vorträge, Teilnahme an Diskussionen für den Bericht mitzuteilen.

12. Nächste Sitzung:

Dienstag, 04.10.2011, 09:00 bis 13:00 Uhr, Saal III im BMASK

13. Allfälliges

Ein Input für die Studie des Hochkommissariates soll Mitte Oktober verfasst werden (Wurzinger, Naue).

Termine:

21.9.2011 Gespräch mit dem Kabinett des BMUKK,

22.9.2011 Österreich Tag in Linz statt

23.9.2011 Hauptverband Sozialversicherungsträger: Clearing, Zulassung von Therapien (Vorsitzende und Büro)

Marianne Schulze
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg
(Schriftführerin)